

sondern auch für die Bedeutung, die ihm gerade in der kommunistischen Welt des Ostens als Wahrer der Rechte des Einzelmenschen zukommt.

Hans Werner Bracht

Zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg

G. Hilger u. A. G. Meyer, The incompatible Allies. A Memoir History of German-Soviet Relations 1918—1941. Macmillan Comp., New York 1953. Deutsche Ausgabe: **Gustav Hilger, Wir und der Kreml. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918—1941.** Erinnerungen eines deutschen Diplomaten. Alfred Metzner, Frankfurt. 2. Aufl. 1956. 322 S. Ln. DM 16,—.

Gerhard L. Weinberg, Germany and the Soviet Union 1939—1941. E. J. Brill, Leiden 1954. 218 S. Ln. DM 21,10.

E. H. Carr, German-Soviet Relations between the two World Wars 1919—1939. Baltimore 1951. Deutsche Ausgabe: **Edward Hallet Carr, Berlin-Moskau, Deutschland und Rußland zwischen den beiden Weltkriegen.** Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1954. 188 S. Ln. DM 12,80.

Unter den Memoirenwerken, die die Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen behandeln, nimmt die Schrift von G. Hilger einen hervorragenden Platz ein. Der in Moskau von reichsdeutschen Eltern geborene Verfasser war vor dem Weltkrieg in Rußland als Ingenieur tätig. Er lernte Land und Leute und — willkürlich der Spionage angeklagt — auch russische Gefängnisse kennen. Den Ersten Weltkrieg hat er in Rußland als Internierter erlebt. Nach der Revolution war er zunächst in Moskau in einer Fürsorgekommission für Kriegs- und Zivilgefangene tätig. Nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Berlin und Moskau und nach der Revolution in Deutschland kam er im November 1918 nach Berlin, wo er 1919 in die „Reichszentralstelle für Kriegs- u. Zivilgefangene“ eintrat. Als im folgenden Jahre der unterbrochene Austausch der Kriegsgefangenen wieder in Gang gesetzt wurde, wurde Hilger mit der Leitung der deutschen Fürsorgestelle in Moskau betraut. In dieser Stadt blieb er bis zum Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges 1941. Nach Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen infolge des Rapallo-Vertrages wurde er der engste Mitarbeiter des Botschafters Graf Brockdorff-Rantzau. Einige gut erzählte Anekdoten beleuchten dessen bizarres Bild. So erfährt man, daß der eine ästhetisch-aristokratische Lebensführung pflegende Graf während der 6 Jahre seines Moskauer Aufenthaltes kein einziges Mal die Kanzlei der Botschaft betreten habe. Er empfand ein Vergnügen daran, Menschen, denen gegenüber er sich in einer überlegenen Situation befand, in Verwirrung zu bringen: „Z.B. machte er sich einen besonderen Spaß daraus, junge Untergebene, die sich zum ersten Mal zum Dienst bei ihm meldeten, mit der Frage zu überrumpeln, ob sie denn auch wüßten, was eigentlich ‚Subordination‘ sei. Wenn sie dann in ihrer Verlegenheit irgendeinen Gemeinplatz daherstammelten, verblüffte Brockdorff sie mit seiner eigenen Definition: ‚Subordination ist das beschämende Gefühl, daß einen Untergebenen beschleichen soll, wenn er vor seinem Vorgesetzten

steht und dümmer erscheinen muß, als der Vorgesetzte tatsächlich ist.“ Man spürt bei aller Bewunderung Hilgers für Intelligenz und Witz des Botschafters doch deutlich eine gewisse Distanz des Urteils.

Sehr plastisch wird das Bild des Gegenspielers und Freundes Brockdorffs, des sowjetischen Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin gezeichnet. Auch Tschitscherin stammte aus einer alten Adelsfamilie, als Ästhet und Aristokrat im Grunde ein Fremdling in seiner bolschewistischen Umwelt, ebenso unmethodisch und undiszipliniert in seiner Arbeitsweise wie der deutsche Graf und ganz anders als sein Nachfolger, der kältere, systematischere Litwinow. Die Wirkungsmöglichkeiten Tschitscherins werden von Hilger in die richtige Perspektive gestellt durch eine scharfsinnige Darlegung des der sowjetischen Außenpolitik zugrunde liegenden Dualismus zwischen weltrevolutionärer Ideologie und Staatsraison, zwischen Komintern und Moskauer Diplomatie. „Was geht es uns an, wenn ihr eure Kommunisten erschießt“, sagte Litwinow einmal zu Angehörigen der deutschen Botschaft. Dieser Dualismus wurde besonders spürbar in dem für Deutschland so kritischen Jahre 1923. Es brachte die französische Ruhrinvasion, auf die die sowjetische Staatsraison mit Solidaritätserklärungen gegenüber Deutschland reagierte, und zugleich den gescheiterten Versuch einer kommunistischen Oktoberrevolution in Deutschland, die in ausgesprochenem Gegensatz zu der von Tschitscherin u. a. befürworteten Unterstützung Stresemanns stand und deren Scheitern die Außenpolitik des Volkskommissars legitimierte.

Mit der Konsolidierung der Weimarer Republik und des Bolschewismus wurde mit einer treffenden Formulierung Hilgers „das deutsch-russische Verhältnis seiner politischen Romantik“ entkleidet. An die Stelle der „Schicksalsgemeinschaft“ trat ein nüchternes Rechnen auf beiden Seiten, mit den Worten Brockdorffs: „Der frühere Charme unserer Beziehungen zu Rußland ist weg.“ Der politische Weg führte über Locarno zum Berliner Vertrag. Wir besitzen inzwischen eine aus der Feder H. Helbig's stammende, auf dem Nachlaß Brockdorffs beruhende wissenschaftliche Untersuchung dieser Periode der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Aus der Betrachtung der Politik Brockdorffs ergibt sich ein Problem, das ich, in einer Besprechung der Schrift Helbig's, folgendermaßen formuliert habe: „Die Politik des Grafen hatte etwas Undurchsichtiges, Widersprüchliches, um nicht zu sagen Kapriziöses an sich. Brockdorff-Rantzau war ein Gegner des Rapallo-Vertrages, wenn auch nicht seines Inhaltes wegen, sondern weil er die Umstände und den Zeitpunkt seines Zustandekommens für ungünstig hielt. Er war erst recht ein Gegner der auf ein Bündnis mit Rußland hinzielenden Politik Seeckts und Wirths. Ebenso aber lehnte er die nach Westen orientierte Politik Stresemanns ab. Den Locarno-Vertrag und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hielt er für politische Fehler. Er hat in seinen bekannten Memoranden vom Jahre 1922 vor Antritt des Moskauer Botschafterpostens ein militär- und rüstungspolitisches Zusammenwirken mit der Sowjetunion verworfen. Als Botschafter hat er dann aber doch eben diese Politik durchgeführt, allerdings unter stärkerer Kontrolle der Reichswehraktivitäten in Rußland durch die Botschaft. Zu den mancherlei Mythen der Weimarer Zeit gehört weithin die Vorstellung, daß Brockdorff-Rantzau das tiefsinnige, unfehlbare Orakel für die

Rußlandpolitik gewesen sei.“ Hilgers Schrift ist selbst bei aller Verehrung für Brockdorff zu distanziert von ihm, als daß sie eine Mythenbildung förderte. Aber zur Erklärung der Widersprüche in seinen politischen Konzeptionen gibt auch sie keinen Schlüssel. Hilgers Formulierung, der Unterschied zwischen Stresemanns und Brockdorffs Politik sei quantitativer, nicht qualitativer Art gewesen, trifft die Sache nicht. Der Unterschied liegt m. E. darin, daß Stresemann eine politische Konzeption besaß, die er konsequent zu verwirklichen trachtete, während Brockdorff-Rantau in seinen politischen Vorstellungen sehr stark von Stimmungen, um nicht zu sagen Ressentiments abhängig war.

Die Darstellung, die Hilger von den deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen 1921—1928 gibt, enthält reiche Informationen. Das Kapitel über die militärische Zusammenarbeit zeigt die Perspektiven auf, in denen sie gesehen werden muß. Bemerkenswert sind Brockdorffs Bemühungen, für die Diplomatie die führende Rolle zu sichern.

Für die Periode Dirksens, der 1928 nach dem Tode Brockdorff-Rantaus dessen Nachfolge antrat, hat Hilger den Eindruck, daß die Außenpolitik in den Hintergrund trat, da die Sowjetunion mit dem Experiment ihres ersten Fünfjahresplans beschäftigt war. Hilger vertrat damals entgegen manchen deutschen Befürchtungen hinsichtlich der Folgen der sowjetischen Wirtschaftsplanung die Ansicht, „daß auf lange Sicht die Industrialisierung Rußlands den Markt für deutsche Waren nicht einschränken, sondern im Gegenteil neue und vermehrte Wünsche schaffen und unvermeidlicherweise zur Erweiterung auch des deutschen Exports nach Rußland führen würde“. Das war auch die Auffassung Dirksens. Aus der Darstellung dieser mit keinen großen politischen Problemen befaßten Periode ist bemerkenswert die lebendige Schilderung eines Schauprozesses gegen einen Attentäter, der den Botschafter hatte treffen wollen, mit interessanten Einblicken in die sonderbare Methodik der Prozeßführung.

Auf der Moskauer deutschen Botschaft spürte man, wie sich unter Brüning und Papen unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise, die durch die Beziehungen zur Sowjetunion nicht abgefangen wurde, das Klima zwischen Berlin und Moskau abkühlte, obwohl 1931 der Berliner Vertrag erneuert wurde. Nach Hitlers Machtergreifung verschlechterten sich die Beziehungen weiter. Stalin, Litwinow und seine Mitarbeiter, die, wie Hilger mitteilt, alle das Buch „Mein Kampf“ gelesen hatten, fürchteten, daß der Geist von Brest Litowsk den von Rapallo verdrängen werde. Verfolgung der Kommunisten in Deutschland, deutschfeindliche Demonstrationen in Moskau, Abbruch der militärischen Zusammenarbeit durch die Sowjetunion, Reichstagsbrandprozeß und andererseits Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Sowjetunion und USA, Eintritt Rußlands in den Völkerbund, Förderung von Volksfrontregierungen zur Isolierung Deutschlands kennzeichneten die neue Situation. Während früher der Kampf gegen Versailles ein Motiv gewesen war, in dem sich deutsche und sowjetische Interessen begegneten, wurde dieses Thema jetzt ganz fallen gelassen. „Warum sollte ich in Hitlers Horn tuten, warum sollte ich, nachdem sich so vieles geändert hat, Propaganda für die Deutschen machen?“ erklärte Radek Hilger gegenüber, als dieser von ihm wissen wollte, warum er sich neuerdings über den Korridor ausschweige. Die Sowjetunion begann im Gegenteil zu fürchten, daß dem Reich eine Revision von Versailles mit Hilfe der

Westmächte gelingen könnte. „Das Rapallokapitel ist abgeschlossen“, mit diesem Satz zog Dirksen in seinem letzten Bericht aus Moskau das Fazit, als er nach Tokio versetzt wurde. Wenn es in den Instruktionen für dessen Nachfolger Nadolny auch noch hieß, daß die Beziehungen zur Sowjetunion wieder ein Aktivposten der deutschen Rußlandpolitik werden müßten, so verschleierte eine solche Formulierung die wirklichen Absichten Hitlers. Vergeblich kämpfte Nadolny in Denkschriften, an deren Abfassung Hilger beteiligt war, und in persönlicher Vorsprache bei Neurath und Hitler für eine energische Revision der Einstellung zur Sowjetunion. Als ihm der Erfolg versagt blieb, zog er die Konsequenz und trat zurück.

Merkwürdig ist in jenen Jahren, in denen sich die deutsch-sowjetischen Beziehungen merklich verschlechterten, eine Reihe von Äußerungen sowjetischer Persönlichkeiten, darunter neben Radek und Tuchatschewski auch Litwinow und Woroschilow, die Hilger berichtet und die auf sowjetischer Seite immer eine latente Bereitschaft erkennen lassen, mit Deutschland wieder anzuknüpfen.

Unter dem Botschafter von der Schulenburg, der die Nachfolge Nadolnys antrat, erreichten die deutsch-sowjetischen Beziehungen in der Zeit des spanischen Bürgerkrieges und der Zerschlagung der Tschechoslowakei ihren Tiefpunkt, aber auch ihren Umschwung, der dann zum Hitler-Stalin-Pakt führte. Der interessanteste historische Ertrag der Darstellung Hilgers liegt wohl darin, daß sie erkennen läßt, wie wenig der Hitler-Stalin-Pakt eine abrupte Schwenkung der sowjetischen Politik darstellt und wie im Gegenteil auch zur Zeit der tiefsten Entfremdung und des Zusammenspiels der Sowjetunion mit den Westmächten immer die Möglichkeit einer Wiederannäherung an Deutschland offengehalten wurde für den Fall, daß sich von deutscher Seite her hierfür die Voraussetzung bot bzw. die Entwicklung der allgemeinen Weltlage der sowjetischen Politik eine Orientierung nach Deutschland hin geraten erscheinen ließ.

Hilger selbst ist es gewesen, der im Mai 1939 in einer Unterredung mit Hitler diesen auf die bedeutungsvolle Rede Stalins am 10. März hinwies, die den sowjetischen Wunsch verriet, sich mit Deutschland zu arrangieren. Die Moskauer deutsche Botschaft hat eifrig das Zustandekommen des Paktes zwischen Hitler und Stalin betrieben. Aus welchen Motiven? Die Ausführungen Hilgers hierzu lassen für den aus zeitlicher Distanz rückwärts gerichteten Blick erkennen, in welchem Maße auch so wohlinformierten Männern in der aktuellen Situation des Handelns der Blick auf das, was kommen würde, verstellt war und wie sehr sie im Grunde von einander widersprechenden Überlegungen bestimmt waren. Die deutsche Botschaft in Moskau rechnete nämlich, wie Hilger berichtet, damit, „daß sich ein Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion als ein Instrument des Friedens erweisen könne, so unglaublich dies heute klingen mag: wir waren im Sommer 1939 tatsächlich der Meinung, daß, sobald Deutschland sich eine russische Rückendeckung verschafft haben würde, England und Frankreich Polen zur Mäßigung und Nachgiebigkeit zwingen würden.“ Gleichzeitig aber deutet Hilger m. E. völlig zu Recht das Motiv Stalins für den Paktabschluß dahin, daß dieser „den Ausbruch eines Krieges zwischen den Großmächten und Deutschland als gesichert“ betrachtete, daß er „nichts

sehnlicher wünsche als einen Krieg, der die teilnehmenden Staaten schwächen und ihn instandsetzen würde, der Welt seinen Willen zu diktieren“, und daß er im übrigen „die Entscheidung abwarten“ wollte, „um zu gegebener Zeit, wenn die kriegführenden Mächte genügend geschwächt waren, in der Lage zu sein, die ganze Macht der Sowjetunion in die weltpolitische Wagschale zu werfen.“

Hilger ist übrigens auf Grund „zuverlässiger Informationen“ der Überzeugung, daß Hitler den Pakt durchaus nicht abgeschlossen habe mit der Absicht, ihn demnächst zu brechen. Er habe im Gegenteil in ihm „auf Jahre hinaus die Grundlage eines für beide Teile vorteilhaften Verhältnisses“ sehen wollen. Seine Einstellung änderte sich erst infolge der Entwicklung der Kriegslage im Sommer 1940.

Vergeblich hat die deutsche Botschaft in Moskau, als die abermalige Schwenkung in der deutschen Einstellung zur Sowjetunion sich abzuzeichnen begann, in Berlin vor dem Risiko eines Krieges gegen Rußland gewarnt. Graf Schulenburg hatte am 28. April 1941 eine Unterredung mit Hitler, der das Gespräch mit den Worten schloß: „Und noch eins, Graf Schulenburg, einen Krieg gegen Rußland beabsichtige ich nicht!“ Hilger fährt fort: „Als der Botschafter am 30. April nach Moskau zurückkehrte, nahm er mich auf dem Flugplatz beiseite und flüsterte: ‚Die Würfel sind gefallen, der Krieg ist beschlossene Sache.‘ Erst auf der Fahrt zur Botschaft machte er mir Mitteilung von der letzten Bemerkung Hitlers. Auf meine erstaunte Frage, wie sich dies mit den ersten Worten des Botschafters zusammenreime, erwiderte dieser: ‚Er hat mich eben mit Absicht angelogen!‘“

Nach Hilger war Stalin nicht von der Ernsthaftigkeit der deutschen Angriffsvorbereitungen überzeugt. Die Moskauer deutsche Botschaft sah gelähmt und zur Wirkungslosigkeit verurteilt das Unheil kommen. Welches die Gründe und der Zeitpunkt für Hitlers Entschluß zum Angriff auf die Sowjetunion waren, darüber ließen sich von dort aus der allgemeinen Lage Vermutungen anstellen. Eine genaue wissenschaftliche Untersuchung war erst nach dem Kriege durch eine Erschließung des deutschen Aktenmaterials möglich.

Diese Arbeit hat G. L. Weinberg mit seiner obengenannten Schrift vollzogen. Sie stellt eine Geschichte des deutsch-sowjetischen Verhältnisses vom Hitler-Stalin-Pakt bis zum Angriff auf Rußland dar. Die Quellengrundlage ist notgedrungen einseitig. Dem reichhaltigen Material, das für die deutsche Politik im Zusammenhang mit den Nürnberger Prozessen erschlossen wurde, steht für die sowjetische Seite nichts Gleichwertiges gegenüber. Jede Untersuchung zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen muß daher unter dem Vorbehalt gesehen werden, daß sich u. U. erhebliche Verschiebungen der Proportionen ergeben würden, wenn auch auf sowjetischer Seite irgendein Zugang zu den diplomatischen und militärischen Akten gegeben wäre.

Weinberg richtet sich mit seiner Schrift gegen die bekannte und weithin akzeptierte These von A. Rossi, daß die Ursache des deutsch-sowjetischen Konfliktes in dem Aufeinanderprall zweier imperialistischer Programme zu suchen sei. Der Bruch 1941 sei wegen des Balkans und der Meerengen erfolgt, genau so, wie sich schon 1914 an diesen Fragen der Krieg entzündet habe. Dem stellt Weinberg die These entgegen, daß die Überlegungen Hitlers, die

zum Angriffsentschluß führten, rein militärischer Art gewesen seien. Er habe England friedenswillig machen wollen, indem er ihm die Hoffnung auf ein mögliches späteres Zusammenspiel mit Rußland zu nehmen gedachte. Denn diese Hoffnung vor allen Dingen schien England zu veranlassen, den Krieg auch nach dem Zusammenbruch Frankreichs weiterzuführen. Hitler hat, wie Halder in seinem Tagebuch verzeichnet, schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt, am 31. Juli 1940, auf dem Obersalzberg den militärischen Führern seinen Entschluß mitgeteilt, Rußland zu zerschlagen. Methodisch interessant und in der Durchführung wohl gelungen ist der von Weinberg geführte Nachweis, daß dieser Entschluß zur Vorbereitung der Kriegführung gegen Rußland sofort entschiedene Auswirkungen zeitigte: Die kurz vor Beendigung des Westfeldzuges gegebene Anweisung, das Heer in seiner Stärke erheblich zu reduzieren, wurde rückgängig gemacht. Die Lieferungen an Rußland gemäß den bestehenden Vereinbarungen sollten nur noch bis Frühjahr 1941 planmäßig durchgeführt werden. In stärkerem Maße, als ursprünglich bei Beendigung des Frankreichfeldzuges vorgesehen, begann man jetzt, Truppen nach dem Osten zu verlagern. Außenpolitisch näherte sich Deutschland Finnland wieder an. Es wurde Anweisung gegeben, dessen Wünschen auf Waffen- und Munitionslieferungen nachzukommen. Durch Vereinbarung mit Finnland sicherte sich Deutschland das Recht zum Durchmarsch für deutsche Truppen nach Nordnorwegen. Alle diese von Weinberg mit großer Akribie herausgearbeiteten Momente zeigen, daß es sich bei dem Entschluß vom 31. Juli nicht um eine bloße Stimmungsausäußerung handelte, sondern um einen wirklichen Willensakt, der mit erstaunlicher Konsequenz durchgehalten wurde. In akzentuierter Weise stellt Weinberg fest, daß das ideologische Moment des Kampfes gegen den Bolschewismus und das machtpolitische Moment einer Reaktion gegen russischen Imperialismus bei dem Entschluß zum Angriff auf die Sowjetunion keine Rolle gespielt habe. Es scheint mir jedoch, daß sich diese Thesen in ihrer apodiktischen Form nicht halten lassen.

Da sind zunächst die Einladung Molotovs nach Berlin und die dort im November 1940 geführten Gespräche. Es besteht m. E. kein Anlaß daran zu zweifeln, daß sie von deutscher Seite aus einen ernstgemeinten, wenn auch objektiv aussichtslosen Versuch darstellten, Rußland eindeutig für die deutsche Seite festzulegen, indem man versuchte, es von seinen Ostsee- und Balkanaspirationen abzulenken und es auf eine Expansionsrichtung im mittleren Osten zu verweisen, in deren Verfolg es mit Notwendigkeit in einen Konflikt mit England würde geraten müssen. Wenn aber dies die deutsche Absicht war, so ist der Entschluß vom 31. Juli 1940 zum Angriff gegen Rußland kein Definitivum gewesen, sondern eine ultima ratio der Politik.

Das ideologische Moment hat diesen Entschluß ohne Zweifel nicht verursacht, darin ist Weinberg recht zu geben. Aber man darf wohl sagen, daß es den Entschluß mit Sicherheit erleichtern mußte. Der Angriffskrieg gegen die Sowjetunion lag in der Konsequenz von Hitlers „Mein Kampf“. Die Unterschätzung der Widerstandskraft des sowjetischen Staates — Hitler rechnete mit einem kurzen Krieg und hat ihn deshalb gewagt — ist in ideologischer Begründung schon dort ausgesprochen worden.

Und schließlich läßt sich auch nicht übersehen, daß sich schon während des

deutschen Westfeldzuges, also vor dem Entschluß Hitlers vom 31. Juli 1940, sich gegen die Sowjetunion zu wenden, das russische Expansionsstreben im baltischen Raum und auf dem Balkan kräftig regte. Die Bildung kommunistischer Regierungen in Estland, Lettland und Litauen als Auftakt zur Einbeziehung dieser Länder in die Sowjetunion lag immerhin noch innerhalb der Grenzen der deutsch-sowjetischen Vereinbarungen. Das gleiche galt von der Annexion Bessarabiens. Es traf aber nicht mehr zu auf die sowjetische Annexion der Nordbukowina und ihren Anspruch auf den südlichen Teil dieser Provinz: Rußland schob sich an die rumänischen Ölfelder heran, auf die Deutschland zur Weiterführung des Krieges gegen England angewiesen war. Man kann nicht, wie es Weinberg gegen Rossi und Gafencu tut, den russischen Balkanimperialismus ignorieren. Wir wissen durch die Untersuchungen von A. Hillgruber, daß es ursprünglich Hitlers Absicht war, im Südosten für die Dauer des Krieges möglichst den status quo aufrechtzuhalten. Durch den russischen Zugriff auf Bessarabien und die Bukowina gerieten hier jedoch die Dinge in Bewegung.

Hier schließt sich der Ring der Überlegung: England konnte auf ein mögliches Zusammenspiel mit der Sowjetunion gerade deswegen hoffen, weil dessen latenter Gegensatz zu Deutschland in den widerstreitenden Balkaninteressen der beiden Mächte akut und angesichts der bestehenden Kriegslage untragbar wurde. Um dieser durchaus begründeten englischen Überlegung den Boden zu entziehen, hat Hitler den militärischen Entschluß vom 31. Juli gefaßt. Dessen Bedeutung scharf herausgearbeitet zu haben, ist trotz der erwähnten notwendigen Modifizierungen das entschiedene Verdienst der Untersuchung von Weinberg.

Als letztes ist das Buch des bekannten englischen Publizisten und Historikers E. H. Carr anzuzeigen, der durch sein vielbändiges Werk über die Geschichte der Sowjetunion bekannt ist. Die vorliegende Schrift, aus einer Vortragsreihe erwachsen, stellt ein Nebenprodukt jenes großen Werkes dar. Sie deckt sich inhaltlich mit dessen entsprechenden Kapiteln. Carr hatte für seine Darstellung bereits in das Manuskript Hilgers Einsicht nehmen können. In flüssiger anschaulicher Sprache schildert er den Ablauf der Entwicklung. Als großer Spezialist für die Geschichte der sowjetischen Ideologie und Institutionen vermag er den Zusammenhang der sowjetischen Außenpolitik mit ihren inneren sowjetischen Voraussetzungen besonders einleuchtend darzulegen. Das Urteil ist ausgewogen, vom Willen nach Gerechtigkeit geleitet. Dabei macht sich durchaus eine gewisse Sympathie für den sowjetischen Staat, für den es nach Carr in Rußland keine Alternative gab, bemerkbar. Vielleicht ermöglichte ihm diese Sympathie auch in wohlthuendem Unterschied zu manchen Besserwissern eine wohlwollende Beurteilung der deutschen Rapallopolitik. Auch Stresemann, der nach Locarno den Berliner Vertrag mit der Sowjetunion schloß, wird er gerecht. Dessen Politik zwischen Ost und West sieht er von der Situation der Weimarer Republik her als notwendig und richtig an. Mit seiner Sympathie für das russische Staatswesen mag es andererseits zusammenhängen, daß er doch wohl geneigt ist, zu unterschätzen, welche Gefahr die Träger der Weimarer Republik vor allem in deren stürmischen Anfangsjahren in dem militanten Radikalismus der Spartakisten und dann der Kommunisten sehen

mußten. Die Spartakistenauftände in Berlin sind mehr als nur „vereinzelte Straßenkämpfe“ gewesen, und die Kämpfe der Roten Armee im Ruhrgebiet mehr als eine „örtliche Aktion . . .“, wo Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam gegen die Nationalisten vorgingen“. Die kommunistische Gefahr ist nicht nur ein an die Wand gemaltes Schreckgespenst gewesen, wenn es allerdings auch unbezweifelbar ist, daß dieses Argument im diplomatischen Geschäft gegenüber dem Westen weidlich ausgenutzt wurde. Jeder Betrachter der Geschichte wird die Akzente anders setzen, wo es sich um die Beurteilung politisch so umstrittener Vorgänge handelt. Das mindert nicht den hohen Rang dieser kleinen Schrift, die besser als irgendeine andere mir bekannte geeignet ist, dem Leser einen einführenden Überblick zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu geben.

Karl-Dietrich Erdmann

Besprechungen

Kurt Rabi, Das Recht auf die Heimat. 2. Fachtagung, Vorträge und Aussprachen. Verlag Robert Lerche, München 1959. 152 S. Kart. DM 3,85.

Der 2. Band der Studien und Gespräche über Heimat und Heimatrecht ergänzt die Vorträge und Aussprachen über das Recht auf Heimat durch Referate von Vertretern der Gesellschaftswissenschaften und der Psychologie. Der vorliegende Bericht über die 2. Fachtagung zu diesem Thema, die vom 27. bis 29. 10. 1958 in den Räumen des Albertus Magnus Kollegs in Königstein (Taunus) durchgeführt wurde, untersucht in der Hauptsache zwei Fragen: 1) Wie ist das Gruppenrecht auf die Heimat, das kollektive Recht einer Kultur- und Sprachgemeinschaft auf Existenz als Gruppe innerhalb eines größeren Verbandes zu umschreiben? Wie ist dieses Recht rechtsdogmatisch zu konstruieren? 2) In welcher Weise ist es vom Individualrecht auf die Heimat abzugrenzen? Welche Beziehungen bestehen zwischen beiden Rechten? — Dazu referierte W. Brepohl (Dortmund-Münster) über Heimat und Heimatgesinnung als soziologische Begriffe und Wirklichkeiten. Er ging davon aus, daß der Begriff „Heimat“ nichts Ererbtes sei, sondern eines der ersten und beständigsten Produkte einer menschlichen Individualentwicklung, der sich in drei Stufen biologisch, sprachlich-bewußtseinsmäßig und regional entwickle. Auch der Mensch der modernen Gesellschaftsordnung könne nicht völlig ohne jede Stütze leben. Er verwandle sich an einem neuen Aufenthaltsort bewußt und unbewußt: er wird verändert. So entstehe im Laufe der Generationen ein neuer Begriff der Heimat, der im Endergebnis dem der „Alteingesessenen“ entspricht. Bei dem aus seiner Heimat Vertriebenen gehe dieser Prozeß viel langsamer und schwerer vor sich, er gründe sich im wesentlichen auf eine Neuordnung der Familie als Grundzelle des gesellschaftlichen Geschehens. — Zu Heimat und Heimatbewußtsein als psychologische Begriffe und Wirklichkeiten sprach G. Moebus (Koblenz). Vom Bewußtsein her sei der Heimatbegriff als Erlebnis der Geborgenheit im Vaterhaus, als „mütterliche Lebenslandschaft“ anzusehen. Das „Heimathaben“ reiche in sehr tiefe Schichten des Menschseins hinab und werde durch das Vaterhaus und die Mutterliebe